

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ACHTES JAHR

OKTOBER 1957

RUDOLF HENSCHEL

Konjunkturgerechte Lohnpolitik

Wird jemand zum Schachspiel aufgefordert und spielt, sein Partner immer dann, wenn es ihm paßt, zwischendurch Dame, so wird er versuchen, ihn über die Spielregeln aufzuklären, oder er ist gezwungen, das Spiel abzubrechen. Zusammen spielen ist nur möglich, wenn beide die gleichen Grundregeln anerkennen.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fordert die Gewerkschaften immer wieder zu zentralen Tarifgesprächen auf. Auch ein solches Gespräch setzt voraus, daß beide Gesprächspartner die gleichen erkenntnistheoretischen Grundlagen anerkennen, die gleichen Begriffe für gleiche Tatbestände verwenden und die Gesetze der Logik gleicherweise bejahen. Ohne diese Voraussetzungen ist eine Diskussion unmöglich. Eine Aufforderung zum Gespräch bei gleichzeitiger Leugnung der Tatbestände, die diesem Gespräch zugrunde liegen müssen, ist nichts anderes als ein unter Umständen propagandistisch effektvolles Mittel unternehmerischer Machtpolitik.

Im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Arbeitgeber haben die deutschen Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen und tarifpolitischen Ziele immer wieder eindeutig herausgestellt. Es ist gleichgültig, ob diese Ziele bei jeder einzelnen Besprechung neu postuliert oder ob Teilziele zeitweilig stärker hervorgehoben wurden. Die Gewerkschaften können gemäß ihrer eigenen Grundlagen immer nur folgende Ziele erstreben:

- 1. Größtmögliche wirtschaftliche Wachstumsraten und damit verbunden größtmögliche Steigerung des allgemeinen Lebensstandards.*
- 2. Vollbeschäftigung als ein Wirtschaftszustand, in dem jeder, der arbeiten will, bei angemessener Entlohnung auch Arbeit findet.*
- 3. Wirtschaftliche Stabilität, möglichst gleichmäßige Wachstumsraten, möglichst geringfügige Preisschwankungen bei gleichbleibendem Preisniveau; also eine ausgeglichene Außenwirtschaft bei gleichmäßigen Anforderungen des Staates.*

Eine lohnpolitische Forderung, die diese Ziele nicht erfüllt oder sie behindert, wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Gleicherweise lehnen die deutschen Gewerkschaften jede Gewinnpolitik der Unternehmer sowie jede wirtschaftliche und finanzpolitische Maßnahme des Staates ab, die diesen Erfordernissen nicht entspricht. Das ist die Grundlage, von der die Gewerkschaften ausgehen müssen. Sie können daher nur mit jemandem diskutieren, der die gleichen Grundsätze anerkennt.

Wirtschaftliche Stabilität, eine Stabilität der wirtschaftlichen Dynamik, ist kein selbstverständliches Geschenk Gottes an das brave Volk, das seinen wirtschaftlichen Interessen treu im Sinne klassisch liberaler Grundsätze nachgeht. Wirtschaftlicher Fortschritt ist mit

Instabilität verbunden. Das wirtschaftliche Gleichgewicht muß immer wieder neu errungen werden.

Stabil im exakten Sinne dieses Wortes ist nur eine auf allen Gebieten stagnierende Wirtschaft. Wenn sich die Bevölkerung, die Zahl der Beschäftigten, die Einkommen und die Preise, der Umfang des Produktionskapitals und die Summe der jährlich erzeugten Güter nicht ändern, so können von dem nicht vorhandenen Wachstumsprozeß auch keine Störungen auf das innere Gleichgewicht ausgehen. Wächst aber die Wirtschaft, so sind mit diesem Prozeß zwangsläufig Änderungen verbunden, die das Gleichgewicht der vorausgegangenen Entwicklungsstufe aufheben. Das Produktionskapital je Kopf der Bevölkerung vermehrt sich. Es erhöht sich die Produktivität einzelner Wirtschaftsbereiche, aber sie erhöht sich ungleichmäßig. Der Lebensstandard erhöht sich, es ändert sich die Nachfragestruktur. (Wenn je Kopf der Bevölkerung eine Kaufkraft von 5000 DM zur Verfügung steht, so werden andere Güter in anderer Zusammensetzung nachgefragt, als wenn je Kopf nur 1000 oder 2000 DM zur Verfügung stehen.) Jede Änderung erfordert eine neue Gleichgewichtslage, wenn die weitere Entwicklung nicht gefährdet, das Wachstum nicht gedrosselt oder vollständig blockiert werden soll.

Voraussetzungen wirtschaftlicher Stabilität

Die Stabilität eines dynamischen Prozesses verlangt die Anpassung — eine immer erneute Anpassung — an den sich verändernden Gleichgewichtszustand.

Der wirtschaftliche Fortschritt beruht darauf, daß über den Ersatz der im Produktionsprozeß verbrauchten Werte hinaus dem Produktionskapital neue Werte zugefügt werden (Nettoinvestitionen). Dabei ist festzustellen, daß sich bei kurzfristiger Betrachtung die Kapitalproduktivität nicht verändert. Wenn sich z. B. das produktive Kapital um 10 vH erhöht, so steigt — wenn die sonstigen Voraussetzungen unverändert bleiben — auch das Sozialprodukt um 10 vH an. Volksvermögen und Volkseinkommen wachsen proportional zueinander, solange keine Gleichgewichtsstörungen eintreten. Das bedeutet, daß einer bestimmten Wachstumsrate (Zuwachs des Sozialproduktes gegenüber dem Vorjahr) eine bestimmte Investitionsquote (Anteil der Nettoinvestitionen am Sozialprodukt) bzw. eine bestimmte Verbrauchsquote entspricht. Erhöht sich der Anteil der Investitionen, so wird bis zu einer bestimmten Grenze die jährliche Wachstumsrate ansteigen. Sinkt der Anteil der Investitionen und steigt somit der Anteil des Verbrauchs, so muß sich von einer bestimmten Grenze an das jährliche Wachstum verlangsamen. Gleichbleibende Wachstumsraten erfordern einen gleichbleibenden Anteil des Verbrauchs und der Investitionen am Sozialprodukt.

Investitionen im genannten Sinn müssen produktiv sein. Nicht jede statistisch erfaßte Investition ist produktiv. Wenn die Industrie dazu übergeht, an Stelle der Anschaffung moderner Maschinen die Fassaden ihrer Gebäude mit Marmor zu verkleiden oder die Bürozimmer mit Edelhölzern auszulegen, so ist dies eine Investition, die die Produktion nicht erhöht. Investitionen, die der öffentlichen Nutzung dienen und keine wirtschaftlich bewerteten Leistungen erbringen, wie Schulen, Verwaltungs- oder Straßenbauten, sind in diesem Fall ebenso dem Verbrauch zuzuzählen wie die Investitionen privater Personen in Form von Nähmaschinen, Waschmaschinen, Kühlschränken usw. Das gleiche gilt von allen nicht produktiven oder nicht produktiv genutzten Investitionen der Wirtschaft. Hier tritt aber die Frage auf, warum das verfügbare Investitionskapital nicht produktiv genutzt wurde bzw. ob nicht eine andere Art des Verbrauchs, ein Verbrauch, der die Lebenshaltung der Arbeitnehmer erhöht, sinnvoller wäre.

Im Interesse optimaler Wachstumsraten der Wirtschaft, die das Ziel haben, die größtmögliche Steigerung der Lebenshaltung der breiten Masse zu erreichen, bejahen die Gewerkschaften jede produktive Investition. Über die Verwendung von Investitionskapital, die nur eine andere Art des Verbrauchs darstellt, wollen aber die Gewerkschaften mit-

sprechen, solange dieses Kapital einem über den Preis erzwungenen Konsumverzicht der breiten Masse entstammt.

Aus dem gleichen Grund kann es den Gewerkschaften auch nicht gleichgültig sein, wie jener Teil des Sozialproduktes, der keinen produktiven Investitionen zugeführt wird, aufgeteilt wird. Es ist auch im Interesse künftiger Stabilität nicht gleichgültig, ob z. B. alle Wirtschaftsgüter dem Inland zur Verfügung stehen oder ob ein Teil in Form eines außenwirtschaftlichen Überschusses dem inländischen Verbrauch entzogen wird. Änderungen in der Verbrauchsstruktur — die bei einer Korrektur derartiger außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte einmal notwendig werden — können leicht Änderungen der Gesamtnachfrage nach sich ziehen und damit neue Ungleichgewichte auslösen. Ähnliches gilt für Perioden verstärkter Rüstung oder Abrüstung.

Auch nicht jede Erhöhung an «sich produktiver Investitionen führt zu einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums. In einer unterbeschäftigten Volkswirtschaft mit ungenügender Kapitalausstattung sind der Kapitalvermehrung und Produktionssteigerung solange keine Grenze gesetzt, solange unbeschäftigte Arbeitskräfte verfügbar sind. Ist Vollbeschäftigung erreicht, so ist die weitere Vermehrung des Produktionskapitals nur sinnvoll, wenn damit die Leistungsfähigkeit der schon Beschäftigten erhöht wird. Das setzt voraus, daß solche Maschinen mit erhöhter Leistung technisch entwickelt sind und daß die mit dieser Umstellung verbundenen Kosten durch eine entsprechende Erzeugungssteigerung gedeckt werden bzw. ein kontinuierlicher Warenabsatz diese Deckung auch wahrscheinlich macht. (Wenn die zuvor verwendeten Anlagen noch nicht abgeschrieben sind, muß die theoretische Mehrleistung der neuen Maschinen beträchtlich größer sein, bevor die Umstellung ökonomisch lohnend wird.) Es sind ökonomisch-technische Probleme, die eine unbegrenzte Beschleunigung der wirtschaftlichen Fortschrittsrate behindern.

Dem wirtschaftlichen Wachstum sind somit unter den jeweiligen Bedingungen — mögen sie sich auch langfristig ändern — obere Grenzen gesetzt, denen eine entsprechende optimale Investitionsquote entspricht. Wir kennen heute noch nicht die genauen statistischen Werte einer solchen optimalen Wachstumsrate; wahrscheinlich liegen sie im langfristigen Durchschnitt bei 6 bis 10 vH je Jahr. Wir kennen aber die Symptome, die auftreten, wenn die Summe der bereitgestellten Investitionsmittel diese optimale Grenze überschreitet.

Über diese optimale Wachstumsrate hinaus ist eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Fortschritts nicht möglich. Investitionen, die ihrem Umfang nach diese obere Grenze überschreiten, gefährden das wirtschaftliche Wachstum. Derartige, in falscher Einschätzung des Marktes (auch des Arbeitsmarktes) vorgenommenen Investitionen beschneiden den übrigen Verbrauch, ohne selbst das Gütervolumen zu erhöhen. Solche überhöhten Investitionen führen zu Nachfragestörungen, die Preiserhöhungen und nachfolgend Produktionseinschränkungen und Arbeitslosigkeit auslösen. Das wirtschaftliche Wachstum verlangsamt sich oder macht einer rückläufigen Entwicklung Platz; die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung ist aufgehoben.

Ursachen wirtschaftlicher Instabilität

Es könnte angenommen werden, daß eine einmal erreichte optimale Wachstumsrate dadurch erhalten bleibt, daß die entsprechende Nachfragestruktur durch Konservierung der ursprünglichen Einkommensverteilung gesichert wird. Der Gedanke liegt nahe, daß eine Koppelung der nominellen Einkommenserhöhung an die reale Wachstumsrate des Sozialproduktes (Koppelung der Löhne an den Produktivitätsindex) eine gleichbleibende Verbrauchsquote garantiert.

Abgesehen davon, daß in einer Marktwirtschaft eine Koppelung der Gewinne an die reale Fortschrittsrate nicht möglich ist, würde die bloße Konservierung der Einkommens-

Schichtung, die einem früheren Gleichgewichtszustand entsprach, der Dynamik der Entwicklung widersprechen.

Die *Kapitalkonzentration* ist eine Erscheinung, die die moderne Wirtschaftsentwicklung begleitet. Vereinfacht läßt sich folgende Konsequenz ableiten: Erhöht sich das Sozialprodukt je Kopf um 100 vH, so muß sich unter gleichbleibenden Voraussetzungen auch die Nachfrage der Arbeitnehmer um 100 vH erhöhen. Bei gleichbleibender Kapitalproduktivität verdoppelt sich dementsprechend auch das produktive Volksvermögen. Bei gleichbleibender Vermögensbildung und -Verteilung würden sich somit auch die Kapitalerträge je Kopf der Kapitaleigner verdoppeln. Die Einkommensentwicklung beider Einkommensgruppen wäre proportional.

Kapitalkonzentration bedeutet aber, daß die Zahl der Kapitaleigner zurückgeht bzw. sich ein zunehmend größerer Anteil des Gesamtkapitals auf weniger Personen verteilt. Das bedeutet, daß sich die Erträge aus der Kapitalverzinsung bei Verdoppelung des Kapitals je Kopf der Kapitaleigner um mehr als 100 vH erhöht. Eine derartige progressive Steigerung der Spitzeneinkommen bedeutet eine zunehmende volkswirtschaftliche Sparrate und erhöhte Bereitstellung von Investitionsmitteln bei gleichzeitig verringerter Verbrauchsgüternachfrage. Eine Kapitalkonzentration tendiert also über eine Verschiebung der Einkommensschichtung zu einer Verschiebung des ursprünglichen Nachfragegleichgewichts und gefährdet somit die Stabilität der Entwicklung.

Die *Steigerung der Arbeitsproduktivität* ist nicht in allen Wirtschaftsbereichen gleich groß. Niemand bestreitet, daß die Produktivität in der Industrie allgemein größer ist als im Handwerk und in der Landwirtschaft und dort wiederum größer als in verschiedenen Sparten des Handels oder anderer Dienstleistungsbetriebe. In den Wirtschaftsbereichen mit überdurchschnittlicher Produktivität tritt gegenüber denen mit unterdurchschnittlicher Produktivität eine Senkung der Produktionskosten je produzierter Einheit auf. Die Güter der Wirtschaftsbereiche mit hohen Produktivitätsraten werden relativ billiger gegenüber den wirtschaftlichen Leistungen der Bereiche mit niedrigerer Produktivität. Das bedeutet, daß der Gesamtverbrauch jener Bevölkerungsgruppen, bei denen Wirtschaftsgüter mit größerem Produktivitätsfortschritt (Autos, Kühlschränke, Küchenmaschinen) überwiegen, relativ billiger wird gegenüber dem Verbrauch jener Bevölkerungsgruppen, bei denen die Wirtschaftsgüter unproduktiverer Bereiche (Nahrungsmittel, Wohnung, öffentliche Verkehrsmittel) vorherrschen. Infolge dieser Preisdifferenzierung — die die Entwicklung des gesamten Preisniveaus nicht zu beeinflussen braucht — erfolgt eine unterschiedliche Entwicklung der Realeinkommen verschiedener Einkommenshöhen; die ursprüngliche Nachfragestruktur wird auch bei gleichbleibender nomineller Einkommensschichtung verändert, die Stabilität der Entwicklung ist gestört.

Die *Steigerung der allgemeinen Lebenshaltung* ist eine zwangsläufige Begleiterscheinung jedes normalen wirtschaftlichen Wachstums. Eine Erhöhung der Lebenshaltung je Kopf bewirkt zugleich eine Veränderung der Nachfragestruktur. Solange sich nur die innere Zusammensetzung der privaten Nachfrage verschiebt, würde die Investitionsquote davon unberührt bleiben. Tatsächlich tritt mit erhöhter Lebenshaltung auch eine erhöhte Sparneigung auf. Halten die Unternehmungen an den bisherigen Gewinnraten fest, bleibt also die bisherige nominelle Einkommensschichtung erhalten, so ergibt sich ein Überangebot an Investitionskapital, das — nach Erreichung optimaler Wachstumsraten — wiederum die Nachfragestruktur verändert und damit die wirtschaftliche Stabilität gefährdet.

Eine wirtschaftliche Entwicklung, die mit Kapitalkonzentration, ungleichen technischen Fortschrittsraten und steigender Lebenshaltung verbunden ist, erfährt aus der inneren Gesetzmäßigkeit dieser Prozesse Nachfrageverschiebungen, die nach Erreichung der optimalen Wachstumsrate zu Überinvestitionen tendieren und damit wirtschaftliche Depressionen auslösen.

Wachstums gemäÙe Lohnpolitik

Halten die Gewerkschaften an ihren wirtschaftspolitischen Zielen fest, wollen sie eine optimale Wachstumsrate mit Vollbeschäftigung und Preisstabilität verbinden, so muß die Lohn- und Einkommensentwicklung die mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbundenen Nachfrageänderungen ausgleichen. Die Einkommenssteigerung der Personen mit geringen Einkommen muß also etwas stärker sein als die der Spitzeneinkommen. Das bedeutet, daß auch das durchschnittliche Lohn- und Gehaltseinkommen insgesamt etwas stärker ansteigen muß als das Individualeinkommen aus außertariflichen Verdiensten und wirtschaftlichen Erträgen. Die lohnpolitische Aufgabe lautet:

1. dazu beizutragen, daß ausreichende Investitionsmittel zur Sicherung einer optimalen Wachstumsrate verfügbar sind;

2. dafür zu sorgen, daß nach Erreichung einer optimalen Wachstumsrate die private Nachfrage im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung erhöht wird und nicht weiter sinkt.

Unsere gegenwärtige Wirtschaftsverfassung kennt keine Koordinierung zwischen Lohn- und Gewinn-, Preis-, Steuer- und Handelspolitik. Deshalb sind die Gewerkschaften bestrebt, von sich aus eine entsprechende Stabilisierung der Gesamtnachfrage anzustreben. Die gewerkschaftlichen Lohnforderungen sind so lange — auch über die reale Zuwachsrate des Sozialproduktes hinaus — zu steigern, als die private Nachfrage hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückzubleiben droht. Die Lohnforderungen wurden und werden gemäßigt, sofern von der Entwicklung der privaten Nachfrage eine Zurückdrängung der produktiven Investitionen droht und eine erhöhte Ersparnisbildung des Arbeitseinkommens nicht erreicht wird.

In welcher Beziehung die damit erforderlichen Tariferhöhungen zu irgendwelchen Produktivitätsmeßziffern stehen, ist ohne jede Bedeutung. Ein krasses Auseinanderklaffen beider Meßreihen läßt bei konstanter Nachfragequote lediglich die Bedeutung starker außen- oder staatswirtschaftlicher Störungsfaktoren erkennen, die zu kompensieren mit eine Aufgabe der Lohnpolitik ist. Inwieweit die Lohnsteigerung eine gegebene Produktivitätssteigerung unter- oder überschreiten muß, hängt von verschiedenen Einflüssen ab. Funktioniert der Preiswettbewerb, werden Produktivitätsgewinne voll und rechtzeitig über die Preise weitergegeben, so werden die nominellen Lohnsteigerungen hinter den jeweiligen Produktivitätsmeßziffern zurückbleiben. Funktioniert der Wettbewerbsmechanismus nicht — auch in der Preisentwicklung ist eine „Sperrklinkenfunktion“ festzustellen — oder wirken außenwirtschaftliche Überschüsse oder innerwirtschaftliche Erhöhungen der umlaufenden Geldmenge auf das Preisniveau ein, so müssen die Lohnsteigerungen über die jeweiligen Produktivitätsmeßziffern hinausgehen. Das gleiche ist der Fall, wenn Arbeitseinkommen in einem erhöhten Ausmaß gespart werden. (Das Umgekehrte gilt wiederum, wenn in der Phase des konjunkturellen Aufschwungs die Investitionsquoten erhöht werden müssen usw.). Die Produktivitätsmessungen geben über diese volkswirtschaftlich erforderlichen Differenzen keine Auskunft. Dagegen schließt eine Analyse der Verbrauchsentwicklung alle diese zusätzlichen Störungsfaktoren mit ein.

Zwischen Rinnstein und Hauswand

Die Gangart eines Betrunknen ist allgemein bekannt. Nachdem *Dr. Kurt Pentzlin* in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 31. August 1957 den Betrunknen zur Illustration ökonomischer Betrachtungsweisen bemühte, erscheint es gerechtfertigt, diese besondere Fortbewegungsart auch als Vergleich für den allgemeinen Entwicklungsprozeß liberaler Marktwirtschaften zu benutzen.

Die bisherige Untersuchung bezog sich auf solche Störungen, die in einer ursprünglich gleichgewichtigen Wirtschaft durch die innere Dynamik der Entwicklung auftreten und durch eine entsprechende Lohnpolitik zu kompensieren sind. Dabei diente das Ver-

hältnis zwischen der Entwicklung der privaten Nachfrage zur Gesamtnachfrage und der Summe der produktiven Investitionen als Richtschnur.

Die tatsächliche Entwicklung vollzieht sich aber in wechselnden Perioden konjunktureller Aufschwünge und depressiver Abschwächung bzw. Rückschläge. In Verbindung damit verändert sich auch die Beschäftigung. Mit der Veränderung der Beschäftigungsstruktur tritt aber ein zusätzliches Element in der Nachfrageentwicklung gegenüber der nominellen Einkommensentwicklung der Beschäftigten auf.

Sinkt mit beginnender Depression die Beschäftigung, so geht die Gesamtnachfrage der Arbeitnehmer weniger stark zurück, als es dem Beschäftigungsrückgang und dem Produktionsrückgang der Wirtschaft entspräche, da mit Hilfe der Arbeitslosenunterstützung umgeleitete Einkommen zusätzlich für die private Nachfrage aktiviert werden. Überdies sinkt infolge verringerter Investitionstätigkeit -das Preisniveau. Tatsächlich nimmt der private Verbrauch während der Depression anteilmäßig zu, bis die vorausgegangene Überinvestition ausgeglichen ist und von der jetzt überhöhten Nachfrage neue Investitionsimpulse ausgehen.

Steigt im Zuge des Konjunkturaufschwungs die Beschäftigung an, so nimmt die Gesamtnachfrage der Arbeitnehmer langsamer zu, als es der Beschäftigungs- und Produktionssteigerung entspricht. Ein Beschäftigungszugang von beispielsweise 10 vH, dem auch eine etwa zehnprozentige Produktionssteigerung entspräche, würde zu einer Nachfragesteigerung von nur etwa 5 vH führen (in diesem Beispiel wurde gleichbleibende Produktivität unterstellt), wenn die neubeschäftigten Arbeitnehmer zuvor Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. (In der Regel kann die Arbeitslosenunterstützung auf 50 vH des durchschnittlichen Arbeitseinkommens angesetzt werden.) Die verlangsamte Steigerung der Gesamtnachfrage der Arbeitnehmer erklärt sich daraus, daß das frühere Unterstützungseinkommen bei Neubeschäftigung für die künftige Nachfrage ausfällt. Tatsächlich nimmt der Anteil des privaten Verbrauchs mit Beginn des konjunkturellen Aufschwungs ab. Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, daß mit der wiederauflebenden Investitionstätigkeit das Preisniveau ansteigt. Dieser Prozeß setzt sich, sofern nicht eine bewußte Korrektur erfolgt, so lange fort, bis infolge erneuter Überinvestitionen erneute Nachfragestörungen auftreten und eine neue Abschwächung eintritt.

Diese Konjunkturschwankungen werden noch dadurch verschärft, daß der während der Depression eingetretene Investitionsrückstand mit zunehmender Beschäftigung und einer damit verbundenen Vermehrung der Arbeitsplätze überkompensiert werden kann. Die effektive Investitionsquote kann somit während des konjunkturellen Aufschwungs vorübergehend größer, die private Nachfrage kleiner sein, als es der optimalen Fortschrittsrate bei gleichmäßigem Wachstum langfristig entspräche.

Konjunkturgerechte Lohnpolitik

In Verfolgung der gewerkschaftlichen Ziele fällt der Lohnpolitik neben dem langfristigen Ausgleich der Nachfrageverschiebung die weitere Funktion zu, den konjunkturellen Aufschwung zu stabilisieren, bevor es zu einem neuen depressiven Rückschlag kommt. Das bedeutet, daß die private Nachfrage auf der Höhe der konjunkturellen Aufschwungsperiode so weit angehoben werden muß, wie es der langfristig optimalen Wachstumsrate entspräche. Geht diese Korrektur nicht rechtzeitig vor sich, so erfolgt die Anpassung in der Depression durch Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit zwangsläufig auf Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts.

Daß der Produktionsindex bei einer derartigen Funktion der Lohnpolitik keinerlei brauchbare Hinweise für das Ausmaß tariflicher Lohn- und Gehaltserhöhungen geben kann, liegt auf der Hand. Die Industrie verzichtet nicht freiwillig auf ihre überhöhten Gewinne. Sie versucht bei gleichzeitiger Einfuhrdrosselung in den Export auszuweichen. Überschüsse im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland ermöglichen Preissteigerungen im

Inland und eine Drosselung der realen Nachfrage bei unverändert hoher Gewinnlage. Das ist auch der Grund, weshalb von seiten der Unternehmer die negative Auswirkung lang dauernder und sich steigender Überschüsse in der Außenwirtschaft bagatellisiert wird. Dagegen gibt die Messung der Kapazitätsauslastung bzw. die Berechnung der Kapitalproduktivität (Produktionseffekt der Investitionen) Aufschluß über zu hohe bzw. infolge verzerrter Nachfrageverhältnisse unproduktive Investitionen, die im Interesse künftiger wirtschaftlicher Stabilität eine entsprechend stärkere Nachfrage des privaten Verbrauchs, also stärkere Lohn- und Gehaltserhöhungen, erforderlich machen.

Werden die gewerkschaftlichen Forderungen nicht durch eine einsichtige Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik der Regierung unterstützt, so geht bei einer mit Exportüberschüssen verbundenen Hochkonjunktur die Stabilität des Preisniveaus verloren. Gelingt die notwendige anteilmäßige Erhöhung der privaten Nachfrage trotz entsprechender Lohnforderungen nicht, so ist die nachfolgende Depression nicht aufzuhalten; die Vollbeschäftigung geht in Arbeitslosigkeit über, die wirtschaftliche Wachstumsrate, die künftige, an sich mögliche Steigerung des Lebensstandards, bleibt hinter dem möglichen Optimum zurück.

Sind konjunkturelle Schwankungen mit ihren zusätzlichen Verzerrungen der Nachfragestruktur erst einmal eingetreten, so reicht es nicht aus, mit Hilfe der Lohnpolitik, die während der konjunkturellen Aufschwungsphase „eingespielte“ Verbrauchsquote zu stabilisieren, sondern diese muß zusätzlich um den während des Aufschwungs reduzierten Betrag angehoben werden.

Die im Interesse der Arbeitnehmer wie der gesamten Bevölkerung liegende Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung mit Hilfe der gewerkschaftlichen Lohnpolitik verbietet jegliche Indexbindung. Die aus der Dynamik der Entwicklung resultierenden Störungen sind unterschiedlich. Sie sind bei ausgeglichener Leistungsbilanz mit dem Ausland anders als bei ständig steigenden Überschüssen. Sie sind mit beginnender Aufrüstung anders als bei gleichmäßiger Nachfrage des Staates. Von dort her auftretende Preiserhöhungen können auch nicht durch lohnpolitische Zurückhaltung ausgeglichen werden, da ein Kurieren an den Symptomen auch in der Volkswirtschaft keine Erfolge zeitigt. Das gesamtwirtschaftliche Anliegen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zwingt diese, sich an dem konjunkturellen Gesamtgeschehen unter Beachtung sämtlicher Faktoren zu orientieren. Die notwendigen — gleichfalls entwicklungsbedingten — Verschiebungen in den Einkommensrelationen zwischen den verschiedenen Berufen und Wirtschaftszweigen, die ungleichen Stärkeverhältnisse verschiedener Arbeitnehmergruppen behindern eine weitergehende Koordinierung zusätzlich, solange von Arbeitgeberseite nur Machtgesichtspunkte Anerkennung finden.

Ohne die Anerkennung jener volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte, an denen die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen, im Interesse ihrer Mitglieder wie der Allgemeinheit, ausrichten müssen, ist eine Versachlichung der Lohnpolitik ausgeschlossen. Ohne Aufbau einer detaillierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wäre aber auch der gute Wille zum Gespräch allein nicht ausreichend.

Die deutschen Gewerkschaften fühlen sich im Rahmen ihrer derzeitigen tarifpolitischen Forderungen und in Kenntnis der Tatsachen, daß der private Verbrauch des deutschen Volkes gefährlich weit zurückgeblieben ist und bereits unproduktive Fehlinvestitionen eingetreten sind, und ferner wirtschaftliche Stagnationserscheinungen vorerst allein durch die auf die Dauer unmöglichen bzw. volkswirtschaftlich unsinnigen Überschüsse in der Außenwirtschaft kompensiert wurden, mit Recht als die Hüter einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung. Mehr Verständnis für ihre Arbeit könnte ihre Aufgabe erleichtern. Gespräche ohne die Anerkennung ihrer lohnpolitischen Grundlagen aber können weder ihnen noch der Allgemeinheit nützen.